



## **JAHRESBERICHT 2001/2002**

**Verein der  
Bayerischen  
Chemischen  
Industrie e. V.  
VBCI**

**Verband der  
Chemischen  
Industrie e. V.  
Landesverband  
Bayern**

Innstraße 15, 81679 München  
Telefon 089/92 69 10, Telefax 089/9 26 91 33  
[VBCI@Chemie-KVI-Bayern.de](mailto:VBCI@Chemie-KVI-Bayern.de), [VCI@LV-Bayern.VCI.de](mailto:VCI@LV-Bayern.VCI.de)

Sowohl in der chemischen Industrie als auch in der Metallindustrie waren die Entgelt-Tarifverträge zum 28. Februar 2002 kündbar. Die Frage nach dem Pilotabschluss beschäftigte deswegen die Medien seit Monaten. Die IG Metall steckte frühzeitig ihren Claim ab, indem sie schon von Warnstreiks sprach und diese ankündigte, bevor überhaupt die erste Verhandlungsrunde mit Gesamtmetall oder einem Landesverband angesetzt war – ein bemerkenswerter Vorgang, wenn man sich die höchstrichterliche Rechtsprechung zur Zulässigkeit für Arbeitskampfmaßnahmen vergegenwärtigt (ultima ratio-Prinzip). Die Tarifauseinandersetzung wurde allerdings als Vehikel für den Kampf zwischen den Herren Huber und Peters um die Nachfolge von Zwickel im Vorsitz der IG Metall klar missbraucht.

Die Tarifvertragsparteien der chemischen Industrie einigten sich ohne medienorientiertes Säbelrasseln am 18. April 2002 auf ein Gesamtpaket und erreichten damit, dass zum zweiten Mal hintereinander ein Chemie-Pilotabschluss getätigt werden konnte. Für den ersten Monat wurde eine Pauschale für alle Arbeitnehmer in Höhe von € 85,- festgelegt, für die restlichen zwölf Monate erfolgte eine Anhebung um 3,3 %. Im Rahmen einer umfassenden Modernisierung des BETV entsteht für Betriebe mit Schichtarbeit durch die erhöhte Bemessungsgrundlage für Zulagen in Folge des Einbaus der Entgeltgarantien eine auf Bundesebene errechnete Belastung von durchschnittlich 0,3 %. Ferner enthält das Paket eine Optionsklausel, wonach durch eine freiwillige Betriebsvereinbarung die Jahresschlusszahlung in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Situation des Betriebes erstmals nach dem Grundprinzip von Chance und Risiko bis auf 125 % erhöht oder bis auf 80 % verringert werden kann.

Knapp einen Monat nach dem Chemieabschluss einigte man sich bei Metall in Baden-Württemberg. Nach zwei Null-Monaten wurde für den dritten Monat eine Pauschale von € 120,- bezahlt. Danach erfolgte ab 1. Juni 2002 eine Erhöhung um 4 %, ab 1. Juni 2003 weitere 3,1 %, Laufzeit insgesamt 22 Monate. Es soll ein gemeinsamer Tarifvertrag für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte (ERA) vereinbart werden – in der chemischen Industrie existiert der Bundesentgelttarifvertrag bereits seit 1987. Im Hinblick auf den ERA werden die genannten Prozentsätze in Anhebungen und Einmalsätze aufgesplittet. In einer Härtefallklausel ist noch festgelegt, dass Betriebe mit wirtschaftlichen Problemen im Einzelfall unter Tarif bezahlen – allerdings nur bei Genehmigung durch die Tarifvertragsparteien.

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di versucht, sich als Neuorganisation mit harten Vorgehensweisen zu profilieren. Druck einigte sich kurz vor einem Arbeitskampf mit Tarifierhebung und Pauschale (3,4 %, 43 €). Bei der Post erfolgte nach massiven Streiks ein Ergebnis mit zwei Anhebungsstufen (1. Juni 2002: 3,5 %, 1. Juni 2003: 3,2 %). Und Bau legte nach einem Flächenstreik eine Anhebung von 3,2 % (1. September 2002) und 2,4 % (1. April 2003) fest.

Je später der Abschluss, desto stärker ist er an Metall orientiert. Die Fusionen der Gewerkschaften haben einerseits zu einer weiteren Schwächung des DGB, andererseits aber auch zu kompromissloseren Tarifauseinandersetzungen geführt.



# Zukunft des Flächentarifvertrages

---

Die Tarifrunde 2002 war und ist mehr als bloße Routine. Bei Metall, Druck, Post, Versicherungen und Bau erfolgten massive Streikmaßnahmen, bevor Tarifabschlüsse erzielt wurden. Im Baugewerbe erfolgten die ersten flächendeckenden Arbeitsniederlegungen seit 50 Jahren – in der Versicherungsbranche wurde sogar seit mehr als 80 Jahren nicht mehr gestreikt.

Da die Entgeltentwicklung in Deutschland in den vergangenen zwei Jahren stabilitätsgerecht war, hat sie die Angebotsbedingungen verbessert und die Beschäftigungschancen erhöht. Die Tarifautonomie befand sich nicht im Zentrum der Berichterstattung. Die hohen Forderungen, mit denen die diesjährige Tarifrunde eingeläutet wurde, waren aber die Weichenstellung dafür, dass der moderate Kurs der Vergangenheit verlassen wurde. Die von der IG Metall, von ver.di und von der IG Bau aggressiv gefahrene Tarifrunde wird die "zarte Pflanze" Wirtschaftsstabilisierung stark belasten, die Investitionsbereitschaft der Firmen negativ beeinflussen und wieder einmal dazu führen, dass der Flächentarifvertrag kritisiert oder gänzlich in Frage gestellt wird.

Die Fronten waren verhärtet, branchenspezifische Interessen hierfür ursächlich. Bei den Versicherungen verlangte die Arbeitgeberseite ein politisches Bekenntnis von ver.di gegen die SPD-Pläne, die Grenze für die Pflichtversicherung bei den öffentlichen Krankenkassen zu Lasten der privaten Versicherer zu verschieben. Die Bau-Arbeitgeber forderten Abstriche bei den Wegegeldern, bei den Banken sollen fast die Hälfte der Mitarbeiter auf ein Drittel ihrer Bezüge verzichten, damit diese künftig nach Leistung zugeteilt werden. Und bei den Banken wurde empfohlen, die Gehälter der Beschäftigten freiwillig um 3,1 % anzuheben.

Trotz dieser tarifpolitischen Eskalation in vielen Branchen ist die Tarifpolitik und der Flächentarifvertrag in der chemischen Industrie funktionsfähig. Die von den Chemiesozialpartnern beschrittenen Wege mit Differenzierung und Flexibilisierung der tariflichen Arbeits- und Entgeltbedingungen dokumentieren die Kombination von Rahmenbedingungen mit Ausgestaltungskompetenz für die Betriebe. Die im Tarifabschluss 2002 enthaltene Optionsklausel für die Jahresschlusszahlung ist ein weiteres Glied in einer Kette von Flexibilisierungen und Öffnungsklauseln. Nur ein Beschreiten dieses Pfades kann ein sachdienliches Ausschöpfen der existenten Tarifautonomie sein und ist der richtige Weg einer zukunftsorientierten Tarifpolitik.

Da die IG Metall und ver.di bislang einen anderen Kurs fahren, verliert im Osten der schon weitgehendst nicht mehr existente Flächentarifvertrag weiter an Boden, im Westen wird er an Bedeutung abnehmen. Selbsterkenntnis ist der beste Weg zur Besserung – kaum drei Wochen nach dem Ende des Tarifkonflikts in der Metall- und Elektroindustrie begann die IG Metall mit einem Zukunftskongress die Neuausrichtung ihrer tarif- und gesellschaftspolitischen Strategie. Theoretische Modelle zur Weiterentwicklung des Flächentarifvertrags nützen aber wenig – der Beweis des Umdenkens muss am Verhandlungstisch erfolgen. Deswegen wird der Flächentarif in den Bereichen eine Zukunft haben, in denen der Tarifvertrag als grobmaschiges Netz fungiert und gleichzeitig betriebsspezifische Entscheidungsspielräume existieren.



## Konjunkturflaute in der Chemie

Die Abkühlung der Chemiekonjunktur, die sich bereits im 1. Quartal 2001 abzuzeichnen begann, verstärkte sich über das weitere Jahr hinweg und führte 2001 in Bayern zu einem Rückgang um 3,5 % auf 10,8 Mrd. € Jahresumsatz. Dabei reduzierte sich das Auslandsgeschäft im Jahresdurchschnitt mit 4,1 % (5,2 Mrd. €) mehr als der Inlandsumsatz, der um 3,0 % (5,6 Mrd. €) sank. Die Exportquote fiel damit auf 48,1 %. Der Produktionsindex rutschte 2001 ebenfalls ab dem 2. Quartal unter den Vorjahreswert; im Jahresdurchschnitt blieb er um 2,1 Prozentpunkte gegenüber 2000 zurück. Bei den Beschäftigten machte sich die schwierige Lage im Jahre 2001 noch nicht bemerkbar, ihre Zahl lag mit 60.321 Arbeitnehmern noch um 1,6 % über dem Vorjahreswert.

Die Spartenergebnisse in Bayern folgten in unterschiedlicher Ausprägung dem Trend. Die umsatzstärkste Sparte in Bayern, die pharmazeutischen Spezialitäten, verloren 2001 beim Umsatz 5,9 % (1,82 Mrd. €). Auffällig war hierbei der Rückgang beim Inlandsumsatz um 8,5 % auf 1,5 Mrd. €. Mit nicht einzeln ausgewiesenen chemischen Erzeugnissen wurde im letzten Jahr nur noch ein Umsatz von 1,31 Mrd. € erzielt, das bedeutete 13,9 % weniger als im Vorjahr. Kunststoff in Primärformen konnte im Jahresdurchschnitt zwar um 4,8 % auf 2,06 Mrd. € Umsatz zulegen, allerdings mit Abwärtsbewegung im 4. Quartal mit minus 3,1 %. Der Abwärtstrend bei Chemiefasern schien zunächst gebremst, der Umsatz reduzierte sich aber nach einem schwachen 2. Halbjahr neuerdings, wobei einer Zunahme im Inland um 8,7 % auf 340 Mio. € ein Rückgang um 7,1 % im Ausland auf 561 Mio. € entgegenstand. Im ersten Quartal 2002 sank der Umsatz der bayerischen chemischen Industrie nochmals um 5 %, der Auslandsumsatz dabei um 3,8 %, der Inlandsumsatz um 6,2 %. Auch bei den Beschäftigten machte sich nunmehr der Trend des letzten Jahres bemerkbar. Ihre Zahl ging um 1 % auf ca. 59700 zurück. In den einzelnen Sparten bietet sich beim Umsatz nach wie vor ein unterschiedliches Bild. Während die pharmazeutischen Spezialitäten 2002 leicht zulegen konnten, müssen die nicht einzeln ausgewiesenen chemischen Erzeugnisse weitere Umsatzrückgänge verkraften. Bei Kunststoffen in Primärformen verstärkte sich der Umsatzrückgang. Bei den Chemiefasern war im 1. Quartal ein Umsatzrückgang von 14,1 % zu verzeichnen. Für das Gesamtjahr ist im Vergleich zu 2001 nur ein schwaches Produktionsplus sowie ein leichter Umsatzrückgang zu erwarten. Dabei bestehen aber erhebliche Risiken für die Konjunktur wie z.B. die mögliche Ausweitung des Konflikts im Nahen Osten, ein Eskalieren der Auseinandersetzung zwischen Indien und Pakistan oder ein erneuter Golfkrieg. Gerade die chemische Industrie muss die Folgen eines explodierenden Rohölpreises fürchten, da man auf diesen wichtigen Rohstoff angewiesen ist.

Der LV des BPI e.V. unter Vorsitz von W. Sassenrath nahm die vielfältigen, die Branche belastenden gesundheitspolitischen Gesetzgebungsverfahren zum Anlass, eigene Vorstellungen in die Diskussion mit Politik und mit den im Gesundheitswesen aktiven Organisationen einzubringen.

Die Bezirksgruppe Bayern des VdL e.V. hat unter Vorsitz von B. Fritzsche die traditionellen Stammtische zu wirtschaftspolitischen und technischen Fragestellungen fortgesetzt und sich - Stichwort Basel II - insbesondere mit zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Kreditfinanzierung mittelständischer Unternehmen auseinandergesetzt.



Das "Weißbuch für eine neue Chemikalienpolitik" der EU bringt nicht die dringend notwendige Vereinfachung und Modernisierung der bisher zersplitterten Regelungen zum Chemikalienrecht in Europa. Die Bewertung, Registrierung und Genehmigung für chemische Substanzen und ihre Verwendungsarten würde die europäische chemische Industrie nach Schätzung der EU-Kommission mit Kosten von 3,1 bis zu 3,7 Mrd. € belasten, die Berechnungen der Industrie liegen bei über 8 Mio. €! Mehr als ein Viertel der Chemieproduktion in der EU ist in Deutschland angesiedelt. Die bayerische chemische Industrie ist überwiegend mittelständisch geprägt und im europäischen Vergleich gekennzeichnet durch ihre Ausrichtung auf Spezial- und Feinchemikalien sowie eine große Produktvielfalt. Sie wäre besonders betroffen von dem erheblichen Prüf-, Zeit-, Verwaltungs- und Kostenaufwand. Es ist deshalb zu befürchten, dass zahlreiche Produkte aus Kostengründen innerhalb der Europäischen Union nicht mehr gefertigt werden können. Der Verband hat gegenüber EU-Parlamentariern, Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Staatsregierung sowie der Administration nachhaltig eine wirtschaftsverträgliche Ausgestaltung der europäischen Chemikalienpolitik gefordert. Die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments zwingt allerdings zu Koalitionen mit Vertretern der Nationen, die ebenfalls eine bedeutende Chemieproduktion im eigenen Lande haben - ansonsten können keine erforderlichen Mehrheiten erreicht werden, die Beschlüsse sicherstellen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit der gesamten europäischen Chemieindustrie berücksichtigen.

Parallel hierzu sieht sich die energieintensive bayerische chemische Industrie mit einem weiteren Gesetzgebungsverfahren der EU-Kommission konfrontiert: mit dem Rahmenrichtlinien-Entwurf für einen europaweiten Handel mit Zertifikaten für Treibhausgas-Emissionen auf Unternehmensebene. Damit will man eine Klimaschutzpolitik gemäß dem Kyoto-Protokoll betreiben. Deutschland hat sich im Rahmen der Europäischen Union und weltweit mit Abstand die anspruchsvollsten CO<sub>2</sub>-Minderungsziele gesetzt. Im Rahmen der freiwilligen Selbstverpflichtung hat die chemische Industrie deutschlandweit ihre Kohlendioxid-Emissionen seit 1990 bereits um rund 1/3 verringert. Für sie würde ein derartiger Handel mit Emissionsrechten für CO<sub>2</sub> wie eine zusätzliche Steuer auf Neu- und Erweiterungsinvestitionen wirken - sie wäre wie eine Prämie für die Stilllegung von Produktionsanlagen einzustufen. Dies kann nicht im Sinne des Klimaschutzes sein, den auch die chemische Industrie vorbehaltlos unterstützt. Die gesamte deutsche chemische Industrie käme bei den derzeitigen Emissionen von jährlich 44 Mio. t CO<sub>2</sub> auf zusätzliche Kosten von 1,1 Mrd. €. "Der Vorschlag der Kommission wird begleitet von einem Ordnungsrecht, das mit dem Knüppel der Bußgeldandrohung sicherstellen will, dass alle Anlagen optimal laufen. Das ist das Zerrbild eines vernünftigen Emissionshandels", so Dr. Christof Bauer, Vorsitzender des VCI-AK Emissionshandel. Die Pläne der EU-Kommission gefährden Investitionen und Arbeitsplätze, aber zur Verbesserung des globalen Klimaschutzes können sie nicht beitragen.

Diesen Sachkomplexen widmete sich insbesondere der Arbeitskreis Energie unter Leitung von Volker Woyke, seit April 2002 von Dr. Peter Sckuhr. Der Arbeitskreis Umwelt unter Leitung von Dr. Horst Kutzer nahm sich dieser Thematik ebenso an wie der europäischen Chemikalienpolitik.



## Verkrusteter Arbeitsmarkt

---

Vor kurzem wurde die aktuellste Studie der EU-Kommission zur "Wettbewerbsfähigkeit Europas 2002" veröffentlicht, in der Deutschland auf einem der hinteren Plätze rangiert. Die Kommission erteilte den Deutschen vor allem in punkto Arbeitsproduktivität schlechte Noten. Im vergangenen Jahr hatten die 15 EU-Staaten zusammen 78 % der Arbeitsproduktivität in den USA erreicht - Deutschland lag mit 74 % noch unter dem EU-Durchschnitt.

Eine maßgebliche Ursache hierfür ist sicherlich die Regulierungswut der derzeitigen Bundesregierung. Die Neuregelungen zur Betriebsverfassung, zur Teilzeitarbeit, Elternzeit und zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen haben das Arbeitsrecht noch unflexibler gemacht, als es durch die Ausweitung des Kündigungsschutzes, die Verteuerung und Bürokratisierung der 630-DM-Jobs sowie die Vorschriften zur Scheinselbständigkeit ohnehin schon geworden war. Der Zusammenhang zwischen Regulierungsdichte und hoher Arbeitslosigkeit ist zwar bekannt, hat aber an der immens gestiegenen Bürokratisierung in Deutschland überhaupt nichts geändert. Aus dem rasanten Strukturwandel der deutschen Wirtschaft im Rahmen der Internationalisierung und Globalisierung ergibt sich zwingend die Notwendigkeit rascher und auch einschneidender Veränderungsprozesse. Beweglichkeit und Flexibilität sind das Gebot der Stunde. Die Regulierungsdichte schränkt sowohl die Bewegungsfreiheit und in der Folge die Beschäftigungschancen der Arbeitnehmer stark ein – sie hindert die Handlungs- und Gestaltungsfreiheit der deutschen Unternehmen.

So hatte sich die betriebliche Mitbestimmung in Deutschland in den letzten Jahrzehnten vom Grundsatz her bewährt. Durch die Betriebsverfassungsnovelle aus dem Jahre 2001 erhöhte sich die Zahl der Freistellungen sowie die Bürokratisierung der Mitbestimmungsverfahren und konterkarierte damit das Ziel einer Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung. Zeitgerechte Arbeitsformen und Flexibilisierungsmodelle sind zu fördern und nicht zu blockieren. Dabei ist an variable Arbeitszeitmodelle mit Langzeitarbeitskonten zu denken, an Erleichterungen bei der Teilzeitarbeit und bei befristeten Beschäftigungsverhältnissen. Der Kündigungsschutz ist sozialverträglich zu lockern. Bei neuen Gesetzen muss immer darauf geachtet werden, dass die damit verbundenen Zielsetzungen durch Reglementierungen und Einengungen nicht ins Abseits gestellt werden. Dies ist z.B. bei dem Job-Aktiv-Gesetz geschehen. So werden vermeintliche Lockerungen bei der Arbeitnehmerüberlassung durch den Zwang der Angleichung der Arbeitsbedingungen ab dem zweiten Jahr an vergleichbare Arbeitnehmer für Ver- und Entleiher uninteressant. Auch die Vergabe von Qualifizierungsmaßnahmen seitens der Arbeitsämter an Private wird in Folge des zusätzlichen Verwaltungsaufwandes nicht angenommen. Eine hohe Zahl von Reformen im Bereich des Arbeitsmarktes ist überfällig - dazu gehört eine stärkere Ausrichtung der Leistungen auf Eingliederung im Sozialgesetzbuch III, eine Intensivierung der Arbeitsvermittlung, eine Abschaffung öffentlich subventionierter Beschäftigung, eine radikale Strukturreform der Bundesanstalt für Arbeit und ein Mehr an Beschäftigung für gering Qualifizierte und Langzeitarbeitslose.

Eine umfassende Arbeitsmarktreform ist unabdingbar für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und für die Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt.



Im Fokus der Verbandsarbeit des VCI LV Bayern stand die Verbesserung der Standortbedingungen in Bayern. Innovationen bei Produkten und Verfahren sind Gegenstand der Neuauflage der "Themenbörse Forschung". Fragen an die Hochschulforschung aus Mitgliedsfirmen werden gebündelt weitergeleitet. Der Arbeitskreis Forschung – Bio-und Gentechnik, Katalyse unter Leitung von Dr. Winfried Kolbeck betreut diese Aktivitäten und hat weitere Themenschwerpunkte identifiziert, deren Verfolgung im Interesse der Mitgliedsfirmen geboten ist, so u.a. Nanotechnologie und HDT-Katalyse, die der Konvertierung von Biomaterialien, aber auch den Materialwissenschaften dient. Zur Verbesserung der Infrastruktur muss vehement immer wieder der Ausbau der A 94 gefordert werden, also der Autobahn, die für das südostbayerische Chemiedreieck von immenser Bedeutung ist. Eine vom Verband mitinitiierte und mitgestaltete Studie belegte die Notwendigkeit und die Machbarkeit einer Anbindung Südostbayerns an einen Ethylenverbund via Pipeline. Im Rahmen der Kontakte zu Politik und Verwaltung engagierte man sich in vielfältigen Arbeitsgruppen federführend, so im Rahmen der Umsetzung der Gewässerqualitätsverordnung, der IVU-Richtlinie und der Wasserrahmenrichtlinie der EU. Ein Erfolg dieser Zusammenarbeit auf Basis des Umweltpaktes ist die Reduzierung der Gebühren für Genehmigungsverfahren nach BImSchG für EMAS-registrierte Standorte um 30 %.

Der Expertendialog Umwelt VCI/vbw befasste sich verstärkt mit dem Komplex "Deregulierung", speziell im Statistikwesen, und bewies öfters seine Rolle als "Troubleshooter", insbesondere im Verwaltungsvollzug. In vielfältigen politischen Kontakten mit Kabinettsmitgliedern und Parlamentariern setzte man sich für die Anliegen der Branche ein. Es wurden spezielle Informationsveranstaltungen angeboten, so zum Artikelgesetz zur Umsetzung der IVU-Richtlinie, zur UVP-Änderungsrichtlinie, zur Gewässerqualitätsrichtlinie, zur Wasserrahmenrichtlinie, zum Sicherheitsdatenblatt (in der Folge der Änderung der entsprechenden EU-Richtlinie) und zum Global Harmonized System (GHS). Gestaltet wurde auch ein Workshop zu Forschungs- und Innovationsförderung, in dem Vertreter der Bayerischen Forschungsförderung und des Wirtschaftsministeriums Förderprogramme vorstellten und mit den Teilnehmern das Ausfüllen und Gestalten von Förderanträgen trainierten.

In der Folge der grauenhaften Terroranschläge vom 11.9.2001 in den USA war es erforderlich, sich auch in unserem Lande verstärkt mit der latenten Bedrohung durch Terrorismus zu befassen. Zwischen Verband und zuständigen bayerischen Ministerien wurden deshalb in Gesprächen Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit von Chemieanlagen mit einem erhöhten Gefährdungspotential erörtert. Nach Kontakten mit dem Bundeskriminalamt und den zuständigen bayerischen Behörden informierte man die Firmen detailliert über die getroffenen Maßnahmen und über die Tätigkeit neugegründeter Gremien.

Der Verband bietet auch ein Podium für Informations- und Erfahrungsaustausch der Firmen an, so im Rahmen des PR-Beauftragtenkreises, der ebenso wie der AK Öffentlichkeitsarbeit unter Leitung von Herrn Matthias Baltisberger Konzepte der Öffentlichkeitsarbeit erarbeitet mit dem Ziel, das Image der Branche in Bayern weiter zu verbessern.



## Private Altersvorsorge

---

Die Tarifvertragsparteien der chemischen Industrie hatten im Frühjahr 1998 einen Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen und Altersvorsorge abgeschlossen, da insbesondere für die jüngeren Arbeitnehmer die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung als erste Säule des Alterssicherungssystems allein nicht mehr ausreichen werden, um im Rentenalter einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Standen 1950 den 28 Millionen Beitragszahlern 7 Millionen Rentner gegenüber, waren es 1992 bei 47 Millionen Beitragszahlern schon 16,5 Millionen Rentner, und im Jahre 2030 wird das Verhältnis 36 Millionen zu 26 Millionen Rentnern lauten. Für die demographische Entwicklung sind die steigende Lebenserwartung, der Rückgang der Kinderzahl und der Saldo der Zu- und Abwanderungen ursächlich. Im internationalen Vergleich scheiden die Deutschen sehr früh aus dem Berufsleben aus und zahlen daher weniger Beiträge in die Rentenversicherung, erhalten aber länger Rentenzahlungen. Deutsche Männer verlassen durchschnittlich mit 60,5 Jahren ihren Arbeitsplatz, Frauen mit 58,4 Jahren.

Vor diesem Hintergrund erfolgte in der Chemie 1998 eine sozialpolitische Weichenstellung für die private Altersvorsorge. Aufgrund der damaligen Gesetzeslage beruhte der erwähnte Tarifvertrag in der Chemie allerdings auf der doppelten Freiwilligkeit, d. h. ein Altersvorsorgevertrag kam nur zustande, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich mit der Entgeltumwandlung einverstanden erklärten.

Die Sozialabgaben von Arbeitnehmern und Arbeitgebern liegen heute bei über 41 %, der Rentenbeitragssatz beträgt 19,1 %. Die Belastungsquote wird auch im Zusammenhang mit der sich abzeichnenden Konjunkturlage steigen. Wird das Alterssicherungssystem nicht grundlegend reformiert, werden die Beiträge bis zum Jahre 2025 auf mindestens 28 % steigen. Deswegen wurde das Altersvermögensgesetz verabschiedet, das die Ergänzung des sich abzeichnenden abgesenkten gesetzlichen Rentenniveaus durch den Aufbau einer zusätzlichen freiwilligen und kapitalgedeckten Altersvorsorge beinhaltet. Der Einstieg ist grundsätzlich zu begrüßen. Auch die Einführung des Pensionsfonds als fünfter Durchführungsweg ist ein wichtiges sozial- und wirtschaftspolitisches Signal zur Stärkung des Finanzstandortes Deutschland. Das Gesetz ist jedoch zu komplex und zu wenig transparent.

Mit dem Tarifvertrag über Einmalzahlungen und Altersvorsorge vom Herbst 2001 reagierten die Chemie-Sozialpartner auf die neue Rechtslage. Der Tarifvertrag ist eine abweichende Bestimmung vom Altersvermögensgesetz und regelt für die Branche abschließend den tariflichen Anspruch auf Entgeltumwandlung.

Installiert wurde ein eigener Pensionsfonds der chemischen Industrie, der im April 2002 vom Bundesversicherungsaufsichtsamt in Berlin genehmigt wurde. Damit steht eine interessante Alternative zur Verfügung, da beim Pensionsfonds die Verwaltungskosten als geringfügig einzustufen sind, die Geldanlage eine Mindestgarantie für die Rente beinhaltet und die Rendite interessant ist.

Entscheidend ist mit Blick auf das eingangs erwähnte Zahlenmaterial, dass überhaupt die Entscheidung für eine betriebliche Altersvorsorge im Rahmen der existenten Durchführungswege getroffen wird. Je jünger die Mitarbeiter sind, desto wichtiger ist dieser Schritt.



## **Ehrenmitglieder** (VBCI und LV-VCI)

Ekkehard Maurer, Icking  
Prof. Dr. Wilhelm Simson, München/Düsseldorf  
Dr. Karl Wamsler, Pöcking

## **Vorstand** (VBCI und LV-VCI)

Dr. Hans Seidl, Ismaning (Vorsitzender)

Matthias M. Baltisberger, Penzberg	Dipl.-Bw. Meinolf Pousset, Trostberg
Dr. Peter Bekk, Pullach	Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Oberschleißheim
Prof. Dr. Utz-Hellmuth Felcht, Trostberg/Düsseldorf	Dr. Peter Umfug, München (seit März 2002)
Assessor Albert Franz, Obernburg	Dr. Peter-Alexander Wacker, München
Dr. Jürgen F. Kammer, München	

## **Gesellschafts- und Tarifpolitischer Ausschuß** (VBCI)

Assessor Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)

Alfred Bach, München	Dr. Hartmut Last, Bobingen
Dipl.-Ing. Günter Bechberger, Burghausen	Dr. Wolfgang Muhs, Pullach (bis April 2002)
Dr. Josef Ertl, Ismaning	Dr. Jürgen Schneider, Nürnberg
Dr. Knut Hartmann, Bobingen/Gersthofen	Dr. Hermann Teufel, Gersthofen
Dipl.-Ing. Manfred Hillenbrand, Hallstadt	Volker Woyke, Vohburg
Wil Ernst Huth, Starnberg	

## **Sozial- und Personalpolitischer Ausschuß** (VBCI)

Hubert Friedmann, Penzberg (Vorsitzender)

Dipl.-Bw. Paul Altmann, Schwandorf	Assessor Hanno Krause, Burghausen
Fritz Berger, Schweinfurt (bis Juni 2002)	Assessorin Gabriele Kutz-Wenzel, Pullach
Dr. Klaus Blum, München (bis Januar 2002)	Heinz Löhr, Vohburg
Hans-Peter Dangel, Bobingen	Ludger Markmann, Neu-Ulm
Jens Drückhammer, Töging	Volker Mletzke, München
Volker Folwill, Neustadt	Jochen Müller, Hallstadt
Reinhard Franetzki, Gersthofen	Dipl.-Oec. Wolf Ottmann, Höllriegelskreuth
Dipl.-Wirtschaftsingenieur Joachim Fütterer, Obernburg	Dr. Bert Raeymaekers, Burgkirchen
Dr. Guy Gansfort, Ismaning	Dipl.-Päd. Josef Reil, Burgkirchen
Michael Hampel, Unterschleißheim	Stephan Roth, München (bis Juni 2002)
Ronald Hönsch, Trostberg	Michael Schaffer, München
Hanspeter Hollender, Lindau	Prof. Dr. Karlheinz Schüssler, München
Karola Japke, Bobingen	Dipl.-Bw. Dieter Tausend, Peißenberg
Heribert Kahlert, Nürnberg	Bernd Theile, Erlangen
Assessor Hermann Kahlich, München	Hans-Joachim Vinzent, Waldkraiburg
Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl	Assessor Walter Vogg, München
Dipl.-Oec. Peter Knoll, Fürth	Assessor Gerd Winnefeld, Burghausen
	Dipl.-Kfm. Heino Ziegler, München

## **Wirtschaftspolitischer Ausschuß** (VBCI)

Dr. Günter von Au, München	Dr. Wolfgang Schnell, München
Alfred Bach, München	Wolfgang Schumann, Geretsried
Dipl.-Ing. Rolf J. Dürschmidt, Regensburg	Dr. Peter Sckuhr, Burgkirchen
Dr. Josef Ertl, Ismaning	Reinhard W. Siegle, Neu-Ulm
Dr. Walter Fritsch, Burghausen	Dr. Hermann Teufel, Gersthofen
Dipl.-Kfm. Alfred Höf, München	Ralph Uwe Westhoff, Waldkraiburg
Dr. Bernhard Hofmann, Trostberg	Dipl.-Kfm. Gerhard Witzany, Schwandorf
Peter Kurz, Fürth	Volker Woyke, Vohburg
Dr. Michael Rosenthal, München	Dipl.-Kfm. Hans-Jürgen Zippel, Ismaning
Dr.-Ing. Siegfried Sattelberger, Nürnberg	



## **Beirat (LV-VCI)**

Dr. Matthias Bühler, Illertissen  
Dr. Walter Fritsch, Burghausen  
Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach  
Dr. Knut Hartmann, Bobingen/Gersthofen  
Dr. Peter Heinrich, Martinsried  
Dipl.-Ing. Manfred Hoffmann, Neuburg  
Dr. Hans-Ullrich Hoppe,  
Freising-Weihenstephan  
Dr. Hartmut Last, Bobingen

Franz Miller, Augsburg  
Dr. Wolfgang Muhs, Pullach (bis April 2002)  
Dr. Germán Paul, München (bis Juni 2002)  
Dr. Robert Römer, Burghausen  
Dr. Peter Sckuhr, Burgkirchen  
Dr. Wilhelm Sittenthaler, München  
Dr. Theodor Sproll, Nürnberg (bis Nov. 2001)  
Ulf Stadler, Geretsried  
Dr. Rudolf Staudigl, München

## **Ältestenrat (VBCI)**

Ekkehard Maurer, Icking (Vorsitzender)

Dr. Hans Baur, München  
Dr. Friedhelm Finke, Icking  
Dr. Helmut Gruber, Burghausen  
Dr. Hans-Georg Haas, Harthaus  
Dr. Carl Ernst Hofstadt, Höllriegelskreuth  
Dr. Werner Kalb, München  
Dr. Emil Kinzinger, Neusäß  
Senator h.c. Günther Klinge, Grünwald  
Dr. Friedrich Lambert, Obernburg

Dr. Alfred Pfeiffer, Trostberg  
Dipl.-Kfm. Rudolf Ribka, Obernburg  
Dr. Walter Ringer, Lenggries  
Dipl.-Kfm. Rudolf Schleicher, Icking  
Dr.-Ing. Heinrich Schubert, Augsburg  
Dr. Albert Thalhofer, Neusäß  
Dr. Karl Wamsler, Pöcking  
Dr. Günter Weiland, München

## **Arbeitskreis / Vorsitz**

### **Berufsausbildung (VBCI)**

Dr. Michael Wieser, Burghausen

### **Umweltfragen (LV-VCI)**

Dr. Horst Kutzer, Burghausen

### **Energiepolitik (LV-VCI)**

Volker Woyke, Vohburg (bis April 2002)  
Dr. Peter Sckuhr, Burgkirchen (ab April 2002)

### **Öffentlichkeitsarbeit (LV-VCI)** Matthias M. Baltisberger, Penzberg

### **Forschung – Bio- und Gentechnik, Katalyse (LV-VCI)** Dr. Winfried Kolbeck, München

## **Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern**

Vorsitz: Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Oberschleißheim

## **Verband der Lackindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern**

Vorsitz: Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach

## **Geschäftsführung (VBCI und LV-VCI)**

Hauptgeschäftsführer: Dr. jur. Peter Umfug

### Geschäftsführer (VBCI):

Assessor Helmut Köhnlein (bis Dez. 2002)  
Assessor Stefan Mößner (seit April 2002)  
Franz Xaver Völkl

### Referenten (VBCI):

Assessor Peter Fürnthaler  
Assessorin Christiane Hönig-Achhammer  
Assessor Holger Kaiser  
Robert Schuder

### Geschäftsführer (LV-VCI):

Dr. rer. nat. Josef L. Geller